

Kritik der Demokratie – demokratische Kritik. Radikale Demokratietheorien und Normativität

Oliver Flügel-Martinsen und Franziska Martinsen

Abstract Der Beitrag von Oliver Flügel-Martinsen und Franziska Martinsen setzt sich mit einem häufig formulierten Vorwurf gegenüber radikalen Demokratietheorien hinsichtlich ihres vermeintlich unklaren Verhältnisses zur Normativität auseinander. Radikalen Demokratietheorien komme es nach dieser Ansicht nicht zu, kanonische Theorien der Demokratie in Frage zu stellen. Kritik könne nur dann stichhaltig sein, wenn sie auf der Basis normativer Begründungen geschehe, was radikalen Demokratietheorien aufgrund der für sie maßgeblichen Kontingenzzannahme nicht möglich sei. Hier wird unterstellt, dass Kritik allein im Modus einer normativen Begründung relevant und akzeptabel sei. Demgegenüber wird herausgearbeitet, dass es sich bei dem Vorwurf zum einen um Rezeptionsmissverständnisse handelt, an denen radikaldemokratische Theoretiker*innen zum anderen durchaus einen Anteil haben, weil ihre kritischen Argumente nicht immer konsistent als nicht-normative Überlegungen dargelegt werden. Letztlich kann der Vorwurf jedoch zurückgewiesen werden, indem auf das originäre kritisch-befragende Potential radikaldemokratischer Ansätze verwiesen wird: Wird die befragende Kritik konsequent gedacht, vermag die konzeptionelle Leistung radikaldemokratischer Infragestellung im Vergleich zu anderen Formen demokratietheoretischer Kritik umso mehr zu überzeugen.

The article by Oliver Flügel-Martinsen and Franziska Martinsen deals with a frequently formulated accusation against radical theories of democracy regarding their supposedly unclear relationship to normativity. According to this view, radical theories of democracy are not entitled to question canonical theories of democracy, because criticism may only be valid if it is based on normative justifications. However, this is not possible for radical theories of democracy because of the contingency assumption that is decisive for them. Here, it is assumed that critique is only relevant and acceptable in the mode of normative justification. The authors show that this accusation is, on the one hand, a misunderstanding of reception, in which radical democratic theorists, on the other hand, also have a share, because their critical arguments are not always consistently presented as non-normative considerations. Ultimately, however, the accusation can be rejected by referring to the original critical-interrogative potential of radical democratic approaches: If the critical questioning is thought consistently, the conceptual

benefit of radical democratic theory is all the more convincing in comparison to other forms of critique by democratic theories.

1. Einleitung

Bis vor wenigen Jahren waren es radikale Demokratietheorien, die an den Hauptströmungen der Demokratietheorie des 20. Jahrhunderts – den liberal-ökonomischen, republikanisch-kommunitaristischen und deliberativen Theorien – vehement Kritik übten. Nun werden Ansätze radikaler Demokratietheorie seit jüngster Zeit zunehmend selbst kritisiert.¹ Daran lässt sich sicherlich ihre fortgeschrittene Etablierung innerhalb des Forschungsfeldes der Politischen Theorie und Politischen Philosophie ablesen. Doch verbirgt sich in den Einwänden gegen die Kritik radikaler Demokratietheorien noch etwas anderes als lediglich eine prüfende Auseinandersetzung mit einem neuen Paradigma innerhalb eines Forschungsfeldes, das auch als demokratietheoretischer »Normalisierungsdruck« (Flügel-Martinsen 2022a) zu interpretieren ist. Der demokratietheoretische Normalisierungsdruck zeigt sich an einem bestimmten, in den Debatten um den Stellenwert von Normativität innerhalb von radikalen Demokratietheorien vorgebrachten Vorwurf, nämlich dass die Kritik der radikalen Demokratietheorie auf tönernen Füßen stehe: Radikale Demokratietheorien seien aufgrund ihres eigenen systematischen Normativitätsproblems nicht in der Position, kanonische Theorien der Demokratie in Frage zu stellen. Kritik könne nur dann stichhaltig sein, wenn sie auf der Basis normativer Begründungen geschehe, was radikalen Demokratietheorien aufgrund der für sie maßgeblichen Kontingenzannahme nicht möglich sei. Die demokratietheoretische Normalisierungsperspektive unterstellt somit, dass Kritik allein im Modus einer normativen Begründung relevant und akzeptabel sei. Dies verfehlt jedoch nicht nur die Intention radikaldemokratischer Kritik. Auch der Blick auf die Vielfalt an unterschiedlichen demokratietheoretischen Kritikformen wird beschränkt, ohne dass hier eine plausible Reflexion über diese Reduktion erfolgt. Im Folgenden wollen wir uns mit dem Vorwurf, dass radikaldemokratische Kritik angeblich nicht zu leisten vermöge, was sie verspricht, und sich dadurch selbst diskreditiere, auseinandersetzen. Dieser Vorwurf wird derzeit vor allem in zwei Varianten vorgebracht. Die erste Variante besagt, dass radikaldemokratische Ansätze, weil in ihnen die postessentialistische Skepsis gegenüber normativen Kriterien zum Kriterium von Kritik werde, in den Widerspruch gerieten, die Absage an sämtliche Standards

1 In unseren Beitrag sind in umfänglich überarbeiteter Form Überlegungen eingeflossen, die an anderen Orten ausführlicher dargelegt werden (vgl. Martinsen 2019; Flügel-Martinsen 2020a, Flügel-Martinsen 2020b, Flügel-Martinsen/Martinsen 2020, Flügel-Martinsen 2022a, Flügel-Martinsen 2022b, Martinsen 2023).

zum Standard zu machen (vgl. von Ramin 2021). Hier wird angenommen, dass es die Aufgabe einer jeden Demokratietheorie sei, normative Standards zu begründen. Die zweite Variante problematisiert eine Kryptonormativität radikaler Demokratietheorien, die von einem nur behaupteten, aber zu entlarvenden nicht-normativen Selbstanspruch verschleiert werde (vgl. Buchstein 2020).

Beide Varianten des Vorwurfs eines Normativitätsproblems radikaler Demokratietheorien beruhen unseres Erachtens auf Missverständnissen, an denen radikaldemokratische Theoretiker*innen durchaus einen Anteil haben, weil ihre kritischen Argumente nicht immer konsistent als *nicht*-normative Überlegungen dargelegt werden. Wir zeigen jedoch, dass beide Vorwurfsvarianten zurückgewiesen werden können, indem wir auf das originäre kritisch-befragende Potential radikaldemokratischer Ansätze rekurrieren. Gelingt es, die befragende Kritik konsequent zu denken, vermag die *konzeptionelle* Leistung radikaldemokratischer Infragestellung im Vergleich zu anderen Formen demokratietheoretischer Kritik umso mehr zu überzeugen. Radikale Demokratietheorien können nämlich erfolgreich für sich beanspruchen, das politische Geschehen zeitdiagnostisch besser als andere demokratietheoretische Ansätze in die Demokratietheorie integrieren zu können. Dies liegt daran, dass sie Demokratie nicht von vornherein als (normativ zu begründendes) Regierungssystem ansehen und daher auch die Aufgabe von Demokratietheorie nicht darin verortet, alternative Entwürfe demokratischer Institutionenmodelle zu formulieren. Ihr Anliegen besteht vielmehr darin, im Modus der Befragung das emanzipative Aufbrechen bestehender Ordnungen zu thematisieren. Paradigmatisch ist hier das viel rezipierte Verdikt, dass bestehende Demokratien den Namen »Demokratie« nicht verdienten (vgl. Balibar 2012: 242; Rancière 2008a: 19–20, Rancière 2011: 87), weil sie der originär demokratischen Praxis im Sinne kritischer Infragestellung der gegebenen Ordnung zu wenig Raum zumessen. In unserem Beitrag erläutern wir, dass es sich hier gerade nicht um ein normativ-begründendes, sondern um ein begriffliches Urteil handelt. Mit einem begrifflichen Urteil ist gemeint, ob im Falle einer politischen Verfassung, Institution oder Praxis von Demokratie gesprochen werden kann, also ob die Kriterien von Freiheit, Gleichheit, Pluralismus, Inklusion und Öffnung erfüllt werden, oder nicht – wie z.B. im Falle autokratischer Regime und Handlungsweisen.

Unsere Argumentation ist folgendermaßen aufgebaut: Die Verhältnisbestimmung zwischen radikaldemokratischen Ansätzen und Normativität ist Gegenstand des zweiten Abschnitts unseres Texts (vgl. Kap. 2). Im dritten Abschnitt (vgl. Kap. 3) differenzieren wir zwischen normativer Kritik auf der einen Seite, die von radikalen Demokratien – mit einer Ausnahme, die wir kurz beleuchten – abgelehnt wird, und der Kritik, die normative Implikationen haben kann, wie dies für die Mehrzahl radikaldemokratischer Ansätze zutrifft. Anhand der radikaldemokratischen Intention, den Namen »Demokratie« für eine spezifische Praxis der Kritik zu reservieren, die die Frage nach einer (Neu-)Aufteilung des Sinnlichen (vgl. Rancière

2000) stellt, lässt sich am Beispiel der rancièreschen Unterscheidung zwischen einer institutionellen Sphäre der »Polizei« als Bezeichnung für die institutionelle Ordnung eines politischen Gemeinwesens und einer Dissensartikulation in der Sphäre der »Politik« der emphatische Anspruch des radikaldemokratischen Verständnis von Demokratie herausstellen, die Politische Philosophie wieder näher an die politische Praxis heranzuführen (vgl. Rancière 2002: 13, Abbas 2019). Im Fazit (vgl. Kap. 4) schließlich legen wir dar, dass das viel überzeugendere Potential radikaler Demokratietheorien darin liegt, kritische Gegenwartsdiagnosen leisten zu können, gerade weil sie auf normative Begründungen verzichten. Mit Rancière lässt sich unterstreichen, dass Demokratietheorien ihr Augenmerk statt auf die Modellierung idealer Institutionen (und damit von bestehenden Konflikten in Gesellschaften absehen) besser auf die Identifizierung des politischen Streits um die Gestaltung gesellschaftlicher Ordnungen richten sollten (vgl. Rancière 2002: 110–111). Der Kritik, die – weder neutral noch normativ – gegebene politisch-institutionelle Ordnungen infrage stellt, kommt in radikalen Demokratietheorien eine spezifische emphatische Bedeutung zu.

2. Normativität und Radikale Demokratietheorien – ein Problem?

Radikale Theorien der Demokratie sind dadurch gekennzeichnet, dass sie ein sowohl von deskriptiv-analytischen als auch von normativ-begründenden Ansätzen (vgl. Lembcke/Ritzi/Schaal 2012, Lembcke/Ritzi/Schaal 2016) differierendes Verständnis von Demokratie haben. Bei allen Unterschieden im Detail ist radikalen Demokratietheorien dabei gemeinsam, dass sie sich als *kritisch befragende* Theorien der Demokratie verstehen. Dies bedeutet erstens, dass es für radikale Demokratietheorien aufgrund der Annahme radikaler Kontingenz von Gesellschaft und Politik keine Letztbegründung von Demokratie gibt, dass es ihnen zweitens nicht um eine demokratietheoretische Modellierung gemäß idealer Vorgaben geht und dass radikale Demokratietheorien drittens stattdessen Skepsis gegenüber rationaler, normativer Begründung demokratischer Prinzipien und Institutionen hegen, die auf ebenjener postessentialistischen bzw. postfundamentalistischen Annahme der Kontingenz politischer und gesellschaftlicher Ordnungen beruht (vgl. u.a. Marchart 2010, Comtesse/Flügel-Martinsen/Martinsen/Nonhoff 2019, Flügel-Martinsen 2020a). Gerade weil radikale Demokratietheorien davon ausgehen, dass jede Ordnung auch anders sein könnte, messen sie den dynamischen Prozessen innerhalb von Gesellschaft und Politik eine besondere Bedeutung bei. Das Agieren sozialer Bewegungen, aktivistische Praxen und performative Ausdrucksformen des politischen und künstlerisch-kreativen Protestes (vgl. Martinsen 2023), insbesondere im außerparlamentarischen Bereich, erhalten insofern besonderes Augenmerk, als sich in ihnen die Gestaltungskraft gesellschaftlicher und politischer Änderung

zur Geltung bringt, die radikale Demokratietheorien für die originär politische Dimension in Demokratien ansehen.

Die skizzierten drei zentralen Kennzeichen radikaler Demokratietheorien veranschaulichen, warum das Verhältnis zwischen Normativität und radikalen Demokratietheorien als Spannungsverhältnis zu verstehen ist. Aus der Kontingenzannahme, der Distanz zu Idealmodellierungen und der Begründungsskepsis folgt, dass kein normativ vorgängig legitimierbares politisches Subjekt der Demokratie zu identifizieren ist, da die Herausbildung von politischen Identitäten im Wechselspiel mit gesellschaftlichen Prozessen, d.h. im Rahmen von konkreten historischen Kämpfen und nicht aufgrund von normativen Gründen erfolgt. Daher geht Demokratie auch über eine normativ begründete Regierungsform hinaus. Radikaldemokratische Theorieansätze, und auf diesen Umstand werden wir im Folgenden immer wieder zurückkommen, beziehen somit sowohl ihre analytische als auch ihre kritische Schärfentiefe aus einem offenheitsaffinen, emanzipatorischen Begriff des Politischen selbst und nicht aus an ihn von außen herangetragenem normativen Kriterien. Dies bedeutet, sie gehen davon aus, dass Gesellschaft und Politik nicht als gegeben vorauszusetzen, sondern deshalb zu gestalten sind, *weil* ihnen ein letztbegründendes normatives Fundament fehlt.

Die Differenz zwischen dem Begriff der Politik und dem Begriff des Politischen ist für radikaldemokratische Theorieansätze zentral. Der Begriff des Politischen wird dabei dem Begriff bestehender Politikstrukturen und -institutionen entgegengesetzt. Es handelt sich hier um eine dezidiert kontrastive Unterscheidung zwischen einem Begriff für etablierte Strukturen, Institutionen und Handlungsmuster der Domäne Politik einerseits und spezifischen Modi ihrer Durchbrechung, Infragestellung und (temporären) Überwindung andererseits, die in diesem Falle als originär politische Handlungen aufgefasst werden, die allerdings, wie etwa Sheldon Wolin betont, »episodisch und rar« (Wolin 1996: 31, Übers. d. Verf.) bleiben. Den vielfältigen Konzeptionen des Politischen gemeinsam ist die Auffassung, dass das institutionelle Gefüge von demokratisch verfassten Staaten nicht mit einem emphatischen Begriff der Demokratie zu identifizieren, sondern dass diese emphatische Bezeichnung allein den originär politischen Praxen vorzubehalten sei (vgl. Martinsen 2019b).

Ausgehend von diesem emphatischen Begriff des Politischen soll der Vorwurf des Normativitätsproblems² radikaler Demokratietheorien näher beleuchtet werden, um zu erläutern, inwiefern es sich bei diesem Vorwurf letztlich um eine Fehldeutung handelt, die als nicht zutreffender Einwand zurückzuweisen ist. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, wird der Vorwurf des Normativitätsproblems in zwei Varianten vorgebracht.

2 Vgl. etwa Buchstein 2020 und von Ramin 2021. Vgl. hierzu ausführlicher bereits Flügel-Martinsen 2020b, Flügel-Martinsen 2022a.

a) Die eine Variante des Vorwurfs moniert, dass in radikaldemokratischen Ansätzen »die Absage an alle Standards als Standard dienen kann« (von Ramin 2021: 38). In dieser Fassung wird angenommen, dass demokratietheoretische Kritik sich notwendigerweise auf einen normativen Standard berufen können müsse. Fehle dieser, so sei keine Kritik möglich. Zugleich wird damit insinuiert, dass es die Aufgabe von Demokratietheorie sei, normative Standards zu begründen. Dies ist in unseren Augen allerdings ein von außen an radikale Demokratietheorien herangetragenem Maßstab, der von diesen selbst nicht erhoben wird. Inwiefern Demokratietheorie überhaupt eine solche allgemeine Aufgabe zukomme, normative Begründungen anzubieten, ist eine offene Frage, die unseres Erachtens zumindest als umstritten anzusehen ist.

b) Die andere Variante des Vorwurfs vermeint, den Selbstanspruch radikaler Demokratietheorien dahingehend zu entlarven, dass ihre Kritik eigentlich auf normativen Gründen aufruhe, diese aber nicht transparent mache. Hier wird also eine sogenannte Kryptonormativität unterstellt, die sich in einer nicht ausgewiesenen Inanspruchnahme normativer Termini verstecke (vgl. Buchstein 2020). In dieser Variante des Vorwurfs wird radikalen Demokratietheorien quasi Taschenspielertrickserie zugeschrieben, wodurch sich ihr kritischer Impuls von selbst diskreditiere. Wir bestreiten dabei nicht, dass bei manchen Autor*innen, etwa bei Chantal Mouffe, zuweilen normative Termini gleichsam aus dem Hut gezaubert werden, um ihre Überlegungen anschlussfähig an die Realpolitik zu machen (vgl. z.B. Mouffe 2008, Mouffe 2014). Doch werden wir im Fortgang zeigen, dass dies weder die zentrale Intention noch die selbstzugeschriebene Aufgabe der radikalen Demokratietheorie ist.

Ad a) Wenden wir uns zunächst der ersten Variante des Vorwurfs zu. Gegen ihn meinen wir, anbringen zu können, dass radikale Demokratietheorien gerade *nicht* auf die Begründung normativer Konzepte angewiesen sind. In der Zurückweisung letztbegründender Standards entfaltet sich ja erst das Potential, im Modus der Befragung bestehende Normen und Werte einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Dabei ist jedoch keinesfalls ausgeschlossen, dass – je spezifische, d.h. auf die jeweilige institutionelle Konstellation bezogene – Kriterien für den Ausweis fehlender Gleichheit oder Inklusion in der einen oder anderen Verfassung, der einen oder anderen institutionellen Praxis herangezogen werden. Doch ist damit nicht gesagt, dass es in jedem Fall der Standard der Rationalität oder des Konsenses oder der Partizipation ist, der demokratietheoretisch nicht zu trumpfen wäre. Diese gewissermaßen »normative Normalitätserwartung [...], dass kritische Demokratietheorien normative Positionen einnehmen müssen« (Flügel-Martinsen 2022a: 567), weisen wir daher an dieser Stelle zurück, weil sie eben nicht der originären Operation der radikaldemokratischen *Infragestellung* von normativen Ordnungen entspricht.

Die Beurteilung des Verhältnisses von radikaler Demokratietheorie und Normativität hängt dementsprechend wiederum entscheidend vom spezifischen Verständnis von Demokratietheorie ab. Versteht man unter Demokratietheorie einen

Theorietypus, der in der Lage sein muss, selbst Modellierungen von Demokratie zu entwerfen, wie es bei den meisten normativen Demokratietheorien der Fall zu sein scheint, dann wäre der Verzicht auf eine Begründung normativer Referenzbegriffe tatsächlich kaum möglich. So sehen etwa normative Demokratietheorien die Aufgabe von Demokratietheorie im Unterschied zu empirischen Demokratietheorien, die sich wesentlich auf eine Typologisierung und Analyse verschiedener Demokratieverständnisse beschränken, durchaus darin, selbst ein normatives Demokratieverständnis zu begründen (vgl. Lembcke/Ritzi/Schaal 2012, Lembcke/Ritzi/Schaal 2016). Zu dieser Form normativer Demokratietheorien sind, um dies noch einmal zu wiederholen, radikale Demokratietheorien ihrem Selbstverständnis nach definitiv nicht zu zählen. Stattdessen geht es ihnen bei der Infragestellung um eine *emanzipatorische* Ausrichtung, die jedoch gerade nicht als eine normativ-begründende zu verstehen ist.

Ad b) Dies führt uns zur zweiten Variante des Vorwurfs, bei dessen Entgegnung wir zuvorderst ein Missverständnis aufklären müssen. So sehen wir es als erstaunlich an, wie die in radikaldemokratischer Kritik verwendeten Vokabeln überhaupt als kryptonormative Termini gelesen werden, die ihrerseits rechtfertigungsbedürftig seien. Unseres Erachtens ist es nicht per se ausgemacht, dass Bezeichnungen wie »deutungsoffen« oder »pluralistisch« zweifelsfrei normative Begriffe sind – bzw. dass sie in einem normativen Sinne gebraucht werden – ja, die Deutung geht hier sogar soweit, dass demokratietheoretische Kriterien wie Inklusion, gleiche Rechte oder Gewaltfreiheit angeblich »klammheimlich« als essentielle Zuschreibungen verwendet werden, was die postessentialistische Argumentation unterlaufe (Buchstein 2020). Wir sehen hier allerdings den Sachverhalt eher durch die normative Brille einer verzerrenden Interpretation des aufgezählten Vokabulars dargestellt. Denn es ist nicht nachvollziehbar, inwiefern die genannten Begriffe ausschließlich als normativ gelten sollten. Mit »gleichen Rechten« wird schlichtweg in konzeptueller, aber auch empirischer, Hinsicht das Kriterium der Rechtsstaatlichkeit benannt. Ebenso ist Gewaltfreiheit keine pazifistisch-wertende Forderung, sondern im Sinne einer rechtstaatlichen Definition des Gewaltmonopols ein formales Kriterium für eine politische Ordnung, die frei ist von willkürlicher Gewaltanwendung. Dieses Vokabular verwenden die meisten Demokratietheorien, innerhalb des radikaldemokratischen Diskurses dienen sie vor allem der Beschreibung institutioneller Ordnungen. Tatsächlich einschlägiger sind hingegen Begriffe wie Deutungsoffenheit, Pluralismus oder Inklusion. Doch anders als behauptet, handelt es sich hier eben nicht »eindeutig normative Kriterien« (Buchstein 2020), sondern um kritisch-analytische, die das spezifische Demokratieverständnis radikaler Demokratietheorien erläutern. Demokratie kann demnach aufgrund der Kontingenzannahme nicht anders als deutungsoffen und pluralistisch begriffen werden. Inklusion ist entsprechend auch kein normativ begründeter inhaltlicher Wert von Demokratie, sondern konzeptueller Bestandteil einer emanzipatorischen Kritik an *Ausschließung*. Denn

Exklusion ist für das radikaldemokratische Verständnis von Demokratie ein *begriffliches* Problem. Radikale Demokratietheorien definieren »Demokratie« begrifflich als Praxis, in der Freiheit und Gleichheit vollzogen werden, d.h. eben nicht als Regierungsform, die mit den normativen Werten Freiheit und Gleichheit begründet wird. Mit anderen Worten: damit überhaupt von »Demokratie« die Rede sein kann, muss diese Praxis frei, gleich – und damit deutungs offen, pluralistisch und inklusiv sein.

An diesem Punkt müssen wir allerdings konzedieren, dass der Vorwurf der Kryptonormativität in einer Hinsicht durchaus zutreffend ist. Tatsächlich verhält es sich so, wie bereits erwähnt, dass es im Feld radikaler Demokratietheorien Ansätze gibt, die auf normative Begrifflichkeiten zurückgreifen, um diese in demokratietheoretische Modelle einzuspeisen. Mouffe beispielsweise grenzt ihr agonales Demokratieverständnis (vgl. Mouffe 2008: Kap. 4, Mouffe 2014: Kap. 1) zwar einerseits gegenüber normativen Ansätzen wie denjenigen Jürgen Habermas' oder John Rawls' ab (vgl. Mouffe 2008: Kap. 8), denen sie unter anderem zum Vorwurf macht, Konfliktdimensionen nicht hinreichend ernst zu nehmen. Gleichzeitig bescheidet Mouffe sich jedoch ausdrücklich nicht mit einer befragend-kritischen Idee von Demokratie, sondern zielt ausdrücklich darauf, ein demokratietheoretisches Angebot zu formulieren, das in der Lage ist, Konflikten gleichzeitig Raum zu bieten *und* sie zu domestizieren. Mit einer in den demokratietheoretischen Diskursen der letzten Jahre hinlänglich bekannten Unterscheidung plädiert sie für die Transformation eines Antagonismus im Modus der Feindschaft in einen Agonismus im Modus der Gegnerschaft (vgl. Mouffe 2008: 100 ff).

Bei der Erläuterung des Begriffs der Gegnerschaft greift sie auf eine ganze Reihe normativ zu deutender Kriterien zurück, weil sie diese in einer begründungstheoretischen Weise verwendet: »Ein Gegner ist ein Feind, doch ein legitimer Feind, mit dem wir einen gemeinsamen Grund teilen, da wir eine gemeinsame Bindung an ethisch-politische Prinzipien liberaler Demokratie besitzen: Freiheit und Gleichheit« (Mouffe 2008: 103). Diese Überlegungen setzen fraglos die normativen Prinzipien liberaler Demokratie voraus, die eigentlich von ihr scharf kritisiert werden. Mouffe unterstreicht das auch erneut, wenn sie in ihrem Werk *Agonistik* (2014) nochmals auf die Grundzüge des agonistischen Demokratieverständnisses zurückkommt, das sie im 2000 erschienenen Buch *Über das demokratische Paradox* entfaltet hat: »Konsens muss über die Institutionen herrschen, die für die liberale Demokratie konstituierend sind, sowie über die ethisch-politischen Werte, von denen die politische Arbeit geprägt sein soll« (Mouffe 2014: 29).

Wenn Mouffe an zentralen Stellen wie diesen auf normative Begrifflichkeiten – ja sogar überraschend auf das vormals vehement kritisierte Konsensprinzip – zurückgreift, dann trifft Variante b) des Vorwurfs bezüglich einer unterschwellig zugrundeliegenden Kryptonormativität zu. Mit der Bezugnahme auf ethisch aufgeladene Begriffe werden normative Termini an einer konzeptionell zentralen Stel-

le und in einer begründungstheoretischen Funktion in Anspruch genommen, für die Mouffe selbst keinen begründungstheoretischen Begriffsrahmen zur Verfügung stellt: Sie fällt hinter ihre eigene Kritik an normativer politischer Theorie zurück. Abgesehen davon, dass sich Mouffe hier auf normative Begründungsmuster einlässt, die völlig überflüssig sind, weil sie die Kritik ebensogut innerhalb des postessentialistischen begrifflichen Rahmens hätte vorbringen können, gerät ihr die Argumentation für eine Plausibilisierung des agonalen Demokratieverständnisses umso komplizierter und inkonsequenter. Sie kritisiert das auf Konsensannahmen bauende Begründungsprogramm liberaler und deliberativer Demokratiemodelle zwar zu Recht, nimmt dann aber selbst normative Prämissen in Anspruch, die in ihrem eigenen politischen Denken in der Luft schweben.

Der Grund für diese Inkonsistenz der eigenen Argumentation beruht offenbar auf der überzogenen Schlussfolgerung aus einer grundsätzlich durchaus berechtigten Kritik an linken Positionen, die für einen Rückzug aus Institutionen plädieren. So problematisiert Mouffe in *Agonistik* unter anderem am Beispiel von Michael Hardt und Antonio Negri linke Theoriepositionen, die Kritik als *Abkehr* von Institutionen verstehen, statt für eine kritische Auseinandersetzung *mit* Institutionen und deren damit einhergehende Umgestaltung zu plädieren (vgl. Mouffe 2014: Kap. 4). Mouffe lehnt somit tatsächlich die Beschränkung auf eine negativ-kritische Disartikulation einer gegebenen hegemonialen Ordnung ab, für sie muss auch die Reartikulation einer neuen Ordnung in den Blick genommen werden.

Mouffes Intention einer normativen Begründung dieser Reartikulation ließe sich nun durchaus insofern nachvollziehen, als eine politische Bewegung, die auf die Gestaltung politisch-institutioneller Kontexte verzichtet, ihnen letztlich mehr oder weniger hilflos ausgeliefert bleibt. Allerdings ist es eine Fehlentscheidung, diese Aufgabe der Reartikulation ebenso wie deren normative Begründung zu einer allgemeinen Aufgabe von Theorie zu machen. Dieses Ansinnen, das in der ersten Variante des Vorwurfs enthalten ist, und das auf der Erwartung beruht, dass demokratietheoretische Kritik stets die normative Begründung einer konkreten Alternative zum Bestehenden bereithalten müsse (oder sie sei andernfalls nicht als kritische Demokratietheorie zu verstehen), mündet in eine unauflösbare Spannung zu den eigenen postessentialistischen und kontingenztheoretischen Annahmen. Darüber hinaus kann Mouffes Versuch, das agonistische Demokratieverständnis anschlussfähig für eine linkspopulistische Politik zu machen, erst recht nicht gelingen, weil es schlichtweg keine gemeinsame Basis für emanzipatorische Politiken und rechte Programmatiken gibt. Genau hier teilen demokratische Akteur*innen keine gemeinsamen Werte, die eine Auseinandersetzung unter wechselseitig als legitim anerkannten Gegner*innen möglich machen würden. Unseres Erachtens besteht das kritische Potential radikaldemokratischer Demokratietheorien gerade nicht darin, einen begründungstheoretischen Rahmen zur Verfügung zu stellen – oder sich gar auf fragwürdige Versuche einzulassen, die Mobilisierungsressourcen

rechter Bewegungen von links anzueignen. Ihre viel plausiblere Leistung ist hingegen, sich auf eine *emanzipatorische* Kritik normativer Ordnungen zu konzentrieren.

3. Kritik normativer Ordnungen – Normativität von Kritik

Die Auseinandersetzung mit dem Vorwurf des Normativitätsproblems radikaler Demokratietheorien zeigt also, dass die radikaldemokratische Kritik durchaus normative Implikationen haben kann, ohne selbst normative Begründungen in Anspruch zu nehmen, wenn sie sich bei der kritischen Befragung normativer Ordnungen an emanzipatorischen Vorstellungen orientiert. Diese spezifischen Charakteristika der emanzipatorischen Kritik radikaler Demokratietheorien im Unterschied zu einer normativen Begründung lassen sich anhand des Begriffs von Demokratie erhellen, der in Jacques Rancières Arbeiten zentral ist (vgl. Rancière 2000, 2002, 2011, 2015): Demokratie bedeutet nämlich für Rancière eine Bewegung der Infragestellung einer gegebenen »Aufteilung des Sinnlichen« (*partage du sensible*) samt ihrer Ausschlussverhältnisse (Rancière 2000; Rancière 2008b: 25). Normative Vorstellungen sind Teil dieser Ordnungen des Sinnlichen, sie spielen eine wesentliche Rolle dabei, wer sprechen darf und wer nicht, wessen Rede als legitime Rede wahrgenommen wird oder nicht, wer welchen Platz in der Gesellschaft zugewiesen bekommt oder wer über die Verteilung von Gütern und Positionen entscheidet. Trotz der formalen Gewährleistung gleicher Rechte gibt es in Demokratien strukturelle Ausschlüsse, die dazu führen, dass eben nicht alle Bewohner*innen eines Gemeinwesens gleichermaßen an Politik und Gesellschaft teilhaben. Diese Aufteilungen infrage zu stellen kann eine emanzipatorische Wirkung haben, die Verschiebungen im normativen Gefüge zur Folge hat. Demokratietheoretische Infragestellungen können so Teil einer demokratischen Emanzipationspolitik sein. In diesem Sinne ist es richtig, dass radikaldemokratische Kritik normative *Implikationen* hat, denn ohne Verschiebungen im normativen Gefüge einer bestehenden polizeilichen Ordnung lassen sich die mit ihr verbundene Aufteilung des Sinnlichen und die durch sie bedingten Ausschlüsse kaum transformieren.

Rancière verweist in diesem Zusammenhang nicht nur auf die originäre politische Bedeutung außerinstitutioneller emanzipatorischer Bewegungen, sondern rückt deren Dissensartikulationen nachdrücklich ins Zentrum seiner Idee von Demokratie (vgl. Flügel-Martinsen 2020b). Dabei hat die bereits erwähnte und mittlerweile vielzitierte Unterscheidung zwischen einem institutionalisierten politischen Betrieb (die Politik/*la politique*), der bei Rancière »Polizei« heißt, und einem vor-, über- und außerinstitutionellen Politischen (*le politique*), von Rancière als »Politik« bezeichnet, die wichtige Funktion übernommen, zwei politische Ebenen so voneinander zu unterscheiden, dass die zwischen ihnen angelegten, für die Demokratieidee radikaler Demokratietheorien so wichtigen Konfliktdimensionen konzip-

tionell erfasst werden. Demokratie findet demnach nicht in der einen oder der anderen der beiden Sphären statt, sondern an den Berührungsflächen von Politik und Politischem (vgl. Marchart 2010, Martinsen 2019b).

Radikale Demokratietheorie ist somit in erster Linie eine kritische Reflexion, d.h. selbst dort, wo ihre Überlegungen auf die politische Praxis zielen, bestehen diese gerade nicht darin, sie zu fixieren oder zu antizipieren. Auch wenn sie – um willen der Gleichheit – nicht bestreitet, dass eine Neuaufteilung erforderlich ist, muss sie jedoch aus *demokratiethoretischen* Gründen darauf verzichten, selbst den Rahmen oder die Inhalte dieser Neuaufteilung anzugeben. Denn ihre emanzipatorische Stoßrichtung verdankt sie der kontingenztheoretischen Überlegung, dass sich Demokratie immer einer ungewissen Zukunft öffnen muss (vgl. Derrida 2000, Flügel-Martinsen 2019). Und dies ist gerade keine normative Grundlegung von Demokratie, sondern eher eine normativ folgenreiche Implikation der Überlegung, dass – begrifflich – von Demokratie nur dann die Rede sein kann, wenn die Zukunft nicht bereits feststeht. Demokratie unterscheidet sich von anderen politischen Ordnungen genau dadurch, dass nicht festgelegt ist, ob irgendjemand privilegiert an der Gestaltung von Zukunft beteiligt ist. In Demokratien bleiben Fragen der Zukunftsgestaltung bzw. Fragen, wer an ihr auf welche Weise beteiligt ist, konstitutiv umstrittene Fragen, denen sich Bevölkerungen immer wieder aufs Neue stellen müssen, weil sie sich – und dies ist nicht trivial, sondern im emphatisch *politischen* Sinne Hannah Arendts gemeint – kontinuierlich neu konstituieren (vgl. Arendt 1981: Kap. 24). Radikale Demokratietheorien verstehen sich daher als explizit kritische Unternehmung, die durchaus normative Konsequenzen haben kann. Gleichzeitig unterscheiden sie sich aber von normativen Demokratietheorien insofern, als sie auf eine Begründung ausdrücklich verzichtet. Mit vielen normativen Demokratietheorien teilt sie aber das Bemühen, den kritischen Sinn von Demokratie herauszustreichen. Dennoch grenzen sie sich deutlich vom Normativitätsverständnis normativer Demokratietheorien ab, weil sie es dezidiert nicht als eine allgemeine Aufgabe von Demokratietheorie ansehen, demokratiethoretische Kritik normativ (letzt)zubegründen. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass Emanzipationsbewegungen, haben sie das gesellschaftliche und politische Gefüge durch Kritik einmal umgestaltet, anschließend zu den Privilegierten der ebenfalls, nur in anderen Hinsichten, exkludierenden oder diskriminierenden Ordnung von morgen werden können, die dann wiederum in Frage gestellt werden muss. Radikalen Demokratietheorien scheint die Vorstellung eines normativen Kerns aus demokratischen Gründen problematisch zu sein, kann dieser doch rasch zu einer Fixierung von Ausschluss- und Unterdrückungsverhältnissen werden.

Gegen ein solches Demokratieverständnis ist wiederum geltend gemacht worden, dass hier eine demokratiethoretisch fehlgeleitete Fokussierung auf das Aufbrechen bestehender Ordnungen vorliege, durch die fortwährend angemahnten Infragestellungen rasch richtungslos geraten könnten (vgl. Buchstein 2020). Auch

diesem Einwand lässt sich nach unserem Dafürhalten mit dem Verweis darauf begegnen, dass die kritische Befragungsaktivität radikaler Demokratietheorien im Unterschied zur normativen Begründung sich zwar als normativ folgenreich oder normativ wirksam erweisen kann. Doch muss sie damit nicht zwangsläufig normativ stumm bleiben. Die Annahme der Kontingenz aller Ordnungen ermöglicht überhaupt erst eine Öffnungsbewegung, einen Diskurs- und Handlungsraum, in deren Zuge emanzipatorische Interventionen schließlich erfolgen können. Normativ wirksam ist dann beispielsweise die durch kritische Infragestellungen erstrittene Transformation einer hegemonialen normativen Ordnung und ihrer repressiven und exkludierenden Praktiken und Institutionen.

4. Fazit: Weder normativ noch ›neutral‹: Radikale Demokratietheorien als kritische Theorien der Gegenwart

Vor diesem Hintergrund wird nun ersichtlich, dass eine *prima vista* vor allem polemisch wirkende Aussage radikaler Demokratietheorien wie diejenige, derzufolge liberale repräsentative Demokratien den Namen »Demokratie« nicht verdienen, keine moralisierende, sondern eine kritisch-analytische Dimension hat. Radikaldemokratischen Theoretiker*innen wie Balibar oder Rancière geht es darum, den Begriff nicht undifferenziert als Bezeichnung für Staats- und Regierungsformen zu verwenden, sondern ihn exklusiv als Namen für die kritisch-befragende Praxis im Unterschied zur Benennung von gegebenen institutionellen Ordnungen zu *reservieren*. Die mit der Exklusivität des Namens der Demokratie verbundene emphatische Rolle der Kritik verweist auf die Frage nach der (Neu)Aufteilung des Sinnlichen (vgl. Rancière 2000), bei der die Bedeutung institutioneller Ordnungen, keinesfalls geleugnet wird. Rancière etwa – und hier gilt es, einem weitverbreiteten Missverständnis entgegenzuwirken – spricht sich keineswegs für eine Abschaffung polizeilicher Ordnungen aus. Ihm geht es darum, zwischen schlechteren und besseren Polizeien zu unterscheiden (vgl. Rancière 2002: 42). Letztere sind solche Ordnungen, in die im Zuge politischer Kämpfe bereits emanzipative Ideen integriert wurden, zugleich heißt dies jedoch nicht, sie damit ein für alle Mal in einem normativ begründeten Sinne ›gut‹ sind. Wenn er also den Namen der Demokratie für ebenjene Bewegung der Infragestellung und der Neuaufteilung solcher Ordnungen reserviert, ist dies nicht gleichbedeutend damit, dass es theoretisch möglich sein könnte, diese praktischen politischen Bewegungen zu antizipieren. Sehr wohl möglich ist es aber durchaus, die demokratische Qualität solcher Bewegungen und Aktivitäten anhand der genannten Merkmale Freiheit, Gleichheit, Offenheit, Inklusion, kritisch zu evaluieren, sodass radikale Demokratietheorien keineswegs alle Infragestellungen institutioneller Ordnungen unterschiedslos begrüßen (müssen). Folgt man hier wiederum Rancière, dann sind demokratietheoretisch von Belang insbe-

sondere Infragestellungen, die durch Teile ohne Anteil artikuliert werden und die auf eine Neuaufteilung des Sinnlichen zielen, die bestehende Ausschließungsverhältnisse aufbricht (vgl. Flügel-Martinsen 2020a: Kap. 7). Infragestellungen, die auf Exklusion zielen und die wir in jüngerer Zeit vielfach auch unter Inanspruchnahme der Semantik des Demokratischen auf Seiten der politischen Rechten finden, können explizit nicht als demokratisch gelten. Wenn radikale Demokratietheorien also Ausschließungsverhältnisse, asymmetrische Herrschaftsmuster, Essentialisierungen, Konsense und letzte Gründe kritisch in den Blick nehmen, geschieht dies, wie erwähnt, nicht in der Absicht einer umfassenden oder anspruchsvollen Normativität. Gleichwohl mag es sein, dass die Kritik häufig normative Implikationen oder normativ wirksame Verschiebungen innerhalb von Ordnungen zur Folge hat.

Radikale Demokratietheorien, darauf wollen wir mit unserem Beitrag hinaus, bleiben aus konzeptuellen demokratieinternen Gründen auf Offenheit und Begründungskepsis angewiesen. Der Vorwurf, dass radikale Demokratietheorien entweder einen (vermeintlich für alle Demokratietheorien allgemein) geltenden normativen Begründungsanspruch nicht erfüllen oder aber falsche Tatsachen vorspiegeln, weil sie unterschwellig doch normativ begründen, ohne dies transparent zu machen, ist daher zurückzuweisen. Anders als normative Demokratietheorien greifen radikale Demokratietheorien bei der Unterscheidung zwischen einer emanzipatorischen und einer repressiven Politik nicht auf externe ethische oder moralische Werte zurück, sondern leiten die differenzierenden Kriterien aus dem befragenden Begriff der Demokratie selbst her. In diesem Zusammenhang kommt das bereits diskutierte Vokabular der Deutungsoffenheit und des Pluralismus wieder ins Spiel, die hier als kritisch-analytische Begriffe fungieren: Repressive, rechtspopulistische oder rechte Politiken verletzen mit ihrer Tendenz zur Schließung die begrifflichen Kriterien der Deutungsoffenheit, des Pluralismus und der Inklusion und sind deshalb nicht mit einem emanzipativen Verständnis von Demokratie als Öffnung vereinbar. Dabei ist festzuhalten, dass sich radikale Demokratietheorien über die mit Öffnung und Offenheit, Pluralismus und Inklusion verbundenen Schwierigkeiten und Herausforderungen umfänglicher Rechenschaft ablegen als normative Demokratietheorien, weil sie sich nicht in die Illusion einer begründeten oder begründbaren Normativität flüchten, die auf fragwürdigen Gründen ruht und die selbst immer auch dazu tendieren kann, einen repressiven, exkludierenden oder abwertenden Charakter anzunehmen. Zu denken ist hier beispielsweise an die Kritik an der vermeintlich universalistischen Moderne und ihres Fortschrittsdenkens aus gendertheoretischen und postkolonialen Perspektiven, in deren Lichte es spätestens heute hochgradig fragwürdig erscheinen muss, so etwas wie einen normativen Kern der Demokratie zu begründen. Dieser wird häufig als Ergebnis eines universalistisch gedeuteten Projekts der Moderne oder der Menschenrechte präsentiert (vgl. Martinsen 2019a) und gerät dadurch zu Recht in den Fokus postkolonialer Fortschrittskritik, wie es etwa bei Amy Allen der Fall ist (vgl. Allen 2016). Die Normati-

vitätsfrage stellt sich daher nicht nur radikalen Demokratietheorien im Besonderen, sondern in dieser Hinsicht durchaus allen Demokratietheorien. Das radikale Demokratiedenken ist allerdings sogar eher bereit, diese Frage selbstkritisch offen zu reflektieren, indem die postessentialistische Forderung nach einer steten Revisionsbereitschaft der Demokratie im Lichte der Forderungen sozialer Bewegungen herausstellt (vgl. Flügel-Martinsen 2022b). Diese Revisionsbereitschaft ist eng verknüpft mit der radikaldemokratischen Einsicht, dass demokratische Gesellschaften aufgrund ihrer Offenheit stets mit einer unabstellbaren Unsicherheit konfrontiert sind – und dass dies zum »Abenteuer« der Demokratie dazugehört (Flügel-Martinsen/Martinsen 2022). Autoritäre oder repressive Schließungstendenzen sind mit dem Demokratiebegriff nicht vereinbar, weshalb es für die originär demokratische Dynamik keine noch so gut begründeten Pauschallösungen gibt. Um eine gewisse Risikobereitschaft kommen demokratische Gesellschaften deshalb nicht herum, weil politische Entscheidungen immer nur so lange gelten können, bis sie durch emanzipatorische Bewegungen revidiert und in eine bessere – d.h. in Rancières Sinne: demokratischere – Ordnung transformiert werden.

Literatur

- Abbas, Nabila (2019): »Jacques Rancière«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen/Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp, S. 388–399.
- Allen, Amy (2016): *The End of Progress. Decolonizing the Normative Foundations of Critical Theory*, New York: Columbia University Press.
- Arendt, Hannah (1981): *Vita activa. Oder vom tätigen Leben* [1958], München: Piper.
- Balibar, Étienne (2012): *Gleichfreiheit. Politische Essays*, Berlin: Suhrkamp.
- Buchstein, Hubertus (2020): »Warum im Bestaunen der Wurzeln unter der Erde bleiben. Eine freundliche Polemik zu den radikalen Demokratietheorien anlässlich des Einführungsbuches von Oliver Flügel-Martinsen«, <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung/>
- Comtesse, Dagmar; Flügel-Martinsen, Oliver; Martinsen, Franziska; Nonhoff, Martin (2019): »Demokratie«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen/Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp, S. 457–483.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2019): »Jacques Derrida«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen/Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp, S. 275–284.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2020a): *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*, Hamburg: Junius.

- Flügel-Martinsen, Oliver (2020b): »Wer kann einer so freundlich-polemischen Gesprächseinladung schon widerstehen? Eine Replik auf Hubertus Buchsteins Kritik radikaler Demokratietheorien«, www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung-2/
- Flügel-Martinsen, Oliver (2022a): »Radikale Demokratietheorie unter Normalisierungsdruck, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 50: 4, S. 557–576.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2022b) »Reflexive Kritik. Überlegungen zum Verhältnis von Normativität, Politischer Theorie und Politikwissenschaft«, in: Oliver Flügel-Martinsen/Dirk Jörke (Hg.), *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte*, Baden-Baden: Nomos, S. 175–194.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska (2020): »Befragung ja, Abschaffung nein? Zum Verhältnis radikaler Demokratietheorie und Institutionen«, in: Steffen Herrmann/Matthias Flatscher (Hg.), *Institutionen des Politischen. Perspektiven radikaler Demokratietheorie*, Baden-Baden: Nomos, S. 27–41.
- Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska (2022): »Radikaldemokratische Freiheit und das Abenteuer demokratischer Politik«, in: Sebastian Haunss/Tanja Klenk/Martin Nonhoff/Tanja Pritzlaff-Scheele (Hg.), *Gesellschaft und Politik verstehen*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 65–79.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary (2012): »Zwischen Konkurrenz und Konvergenz«, in: Oliver Lembcke/Claudia Ritzi/Gary Schaal (Hg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie*. Band 1: Normative Demokratietheorien, Wiesbaden: Springer VS, S. 9–32.
- Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary (2016): »Zeitgenössische empirische Demokratietheorie«, in: Oliver Lembcke/Claudia Ritzi/Gary Schaal (Hg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie*. Band 2: Empirische Demokratietheorien, Wiesbaden: Springer VS, S. 7–20.
- Martinsen, Franziska (2019a): *Grenzen der Menschenrechte. Staatsbürgerschaft, Zugehörigkeit, Partizipation*, Bielefeld: transcript.
- Martinsen, Franziska (2019b): »Politik und Politisches«, in: Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen/Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp, S. 583–592.
- Martinsen, Franziska (2023): »Radikale Demokratie – kreative Demokratie. Zur Unterbrechung der Logik der archē in Politik und Kunst«, in: Friedrich Jaeger/Sabine Voßkamp (Hg.), *Wie kommt das Neue in die Welt*, Stuttgart: Metzler, S. 85–99.
- Mouffe, Chantal (2008): *Das demokratische Paradox*, Wien: Turia & Kant.
- Mouffe, Chantal (2014): *Agonistik*, Berlin: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2000): *Le partage du sensible*, Paris: La fabrique.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Rancière, Jacques (2008a): *Zehn Thesen zur Politik*, Berlin/Zürich: August.
- Rancière, Jacques (2008b): *Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien*, Berlin: PolYpeN
- Rancière, Jacques (2011): *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August Verlag.
- Rancière, Jacques (2015): »Does Democracy Mean Something?«, in: Jacques Rancière, *Dissensus*, London: Bloomsbury, S. 53–69.
- von Ramin, Lucas (2021): »Die Substanz der Substanzlosigkeit: Das Normativitätsproblem radikaler Demokratietheorie«, in *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 49:3, S. 337–360.
- Wolin, Sheldon (1996): »Fugitive Democracy«, in: Seyla Benhabib (Hg.), *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, Princeton: Princeton University Press, S. 31–45.